

burgischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. in Bochum. Schließlich ist die Firma Gebr. Stumm in Lickingen zu nennen. Französisches Kapital arbeitet im Lothringer Hütten- und Bergwerks-Verein Aumetz-Friede zu Rneuttingen (72,5 Mill. frs, 7 Hochöfen), aus dessen Liquidation 1917 der Lothringer Hütten- und Bergwerks-Verein A.-G. zu Niederlingen mit 58 Mill. M Kapital hervorgeht, und in der Zentscher

Hütten-A.-G. in Zentsch und Haringen (2,5 Mill. frs Kapital, 3 Hochöfen), ferner in der De Wendel A.-G. in Haguingen, deren Liquidation durch das Kriegsende verhindert worden ist, und in der Société Anonyme des Hauts-Fourneaux et Arcières (7,5 Mill. frs Kapital) mit ihren Hochöfen in Rümelingen, St. Ingbert und Sttingen.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

Die Diktatur des Proletariats

Der Umsturz, der sich vor unseren Augen vollzogen hat und weiter vollzieht, ohne daß bisher Mächte sichtbar geworden wären, die ihm sichere Grenzen ziehen und raschen Einhalt gebieten könnten, wird nicht begriffen werden, wenn man allein auf die Akte der revolutionären Führer und der revolutionierten Massen sieht. Meuterei und Raub, Zwangsherrschaft und Unordnung sind zwar nicht unwesentliche Züge im Bild des Untergangs der alten Welt. Sie zeigen an, auf wie unsicherem Boden das neunzehnte Jahrhundert das Gebäude seiner Zivilisation aufgerichtet hatte. Aber sie erklären weder die Richtung noch die Art des revolutionären Stoßes. Wer diese verstehen will, sei es um sie zu unterstützen, sei es um sie zu hemmen, sei es um als jedem Klasseninteresse gelöster Betrachter Erkenntnis zu suchen und durch Einsicht bei der Geburt der neuen Staats- und Wirtschaftsordnung helfen zu können, wird von den einzelnen Akten zu den bewegenden Gedanken, von den Gedanken zu den tragenden Gewalten, von den Gewalten zu dem Gesamtprozeß der Revolution vordringen müssen. Immer ist im Lebendigen das Ganze vor den Teilen. Wer sich an diese hält, wird nicht erstaunt sein dürfen, jeden Tag von neuem umlernen zu müssen.

Die Krisis hat ihren ersten Brennpunkt in dem Streit um die Einberufung der deutschen Nationalversammlung gefunden. Während die weitaus überwiegende Mehrheit der Arbeiter und die Gesamtheit der bürgerlichen Parteien die revolutionäre Regierung als provisorische betrachtet und nur eine auf Grund des allgemeinsten gleichen Wahlrechtsgewählte verfassunggebende Versammlung als Darstellung des souveränen Volkswillens ansehen will, fordert eine kleine, aber ungemein stoßkräftige Gruppe radikaler Sozialisten, die Einberufung der Nationalversammlung, nach russischem Vorbild, auf Jahre hinauszuschieben. Nur wenn die Träger der revolutionären Gewalt, die Arbeiter- und Soldaten-Räte, im Besitz der unumschränkten Macht erhalten würden, könne das Ziel der Revolution: die Vernichtung des Kapitalismus und der Aufbau des sozialistischen Staates verwirklicht werden. Die Radikalen sind sich darüber klar, daß diese Forderung die Abwendung von den Prinzipien des Parlamentarismus und der Demokratie bedeutet; sie erklären, daß diese Prinzipien höchstens nach Aufhebung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wieder in ihre Rechte eingesetzt werden könnten. Bis dahin sei die politische Gleichheit sinnlos, da ihr keine ökonomische Gleichheit entspreche. Die ökonomische Gleichheit aber sei nur durch „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“ herzustellen. Da man von der Nationalversammlung nicht wisse, ob eine solche Maßnahme von ihr beschlossen oder gebilligt werden würde, müsse das revolutionäre Proletariat so lange diktatorisch herrschen, bis die Sozialisierung der Wirtschaft durchgeführt und gesichert sei.

Der Gegensatz, der in diesen Debatten mit außerordentlicher Schärfe hervortritt, hat sich nicht erst an den Vorgängen der letzten Wochen entzündet. Seitdem die russische Revolution zur Herrschaft der Bolschewisten geführt hatte, war in der deutschen

Sozialdemokratie lebhaft über die Alternative: Demokratie oder Diktatur? diskutiert worden. Der wichtigste Niederschlag dieser Debatten ist die kleine Schrift, in der Karl Rautsky, der Dogmatiker des orthodoxen Marxismus, einige Monate vor Ausbruch der deutschen Revolution unter dem Titel „Die Diktatur des Proletariats“ (Wien 1918, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co) die Gründe entwickelt hat, die gegen jedes Abweichen von den Grundsätzen der Demokratie sprechen.

Nach Rautsky bedarf das Proletariat der Demokratie nicht nur, um dauernde Macht zu gewinnen, sondern auch um die Voraussetzungen zu schaffen, von denen die Verwirklichung des Sozialismus abhängt. „Diese Produktionsweise bedeutet die Organisierung der Produktion durch die Gesellschaft. Sie erheischt die ökonomische Selbstverwaltung durch die ganze Volksmasse. Staatliche Organisierung der Produktion durch eine Bürokratie oder durch die Diktatur einer einzelnen Volksschicht bedeutet nicht Sozialismus. Er bedarf organisatorischer Schulung breiter Volksmassen, setzt Organisationen ökonomischer wie politischer Art voraus und bedarf vollster Organisationsfreiheit. Die sozialistische Organisation der Arbeit soll keine Kasernenorganisation sein.“

„Die Diktatur als Regierungsform ist in Rußland ebenso begreiflich wie ehemals der bakuninsche Anarchismus. Aber begreifen heißt noch nicht anerkennen, wir müssen jene ebenso entschieden ablehnen wie diese. Die Diktatur erweist sich nicht als ein Mittel einer sozialistischen Partei, die in einem Staat im Gegensatz zur Mehrheit des Volkes zur Herrschaft kommt, diese dort zu sichern, sondern nur als ein Mittel, sie vor Aufgaben zu stellen, die ihre Kräfte übersteigen, an deren Lösung sie sich erschöpft und aufreißt; wobei sie nur zu leicht den Gedanken des Sozialismus selbst kompromittiert, seinen Fortschritt nicht fördert, sondern hemmt.“

„Glücklicherweise muß ein Mißerfolg der Diktatur noch nicht gleichbedeutend sein mit einem Zusammenbruch der Revolution. Er wäre es nur dann, wenn die bolschewistische Diktatur die bloße Einleitung bildete zu einer bürgerlichen Diktatur. Die wesentlichen Errungenschaften der Revolution werden gerettet, wenn es rechtzeitig gelingt, die Diktatur zu ersetzen durch die Demokratie.“

„Der Sozialismus, das heißt allgemeiner Wohlstand innerhalb der modernen Kultur, wird nur möglich durch die gewaltige Entfaltung der Produktivkräfte, die der Kapitalismus mit sich bringt, durch die enormen Reichtümer, die er schafft und die sich in den Händen der kapitalistischen Klasse konzentrieren. Ein Staatswesen, das diese Reichtümer durch eine unsinnige Politik, etwa einen erfolglosen Krieg, vergeudet hat, bietet von vornherein keinen günstigen Ausgangspunkt für die rascheste Verbreitung von Wohlstand in allen Schichten.“

„Wenn als Erbe der bankrotten Staatsgewalt nicht ein demokratisches, sondern diktatorisches Regime auftritt, verschlimmert es noch die Situation, da es den Bürgerkrieg zur notwen-

digen Folge hat. Was da an materiellen Mitteln noch übrig bleibt, wird durch die Anarchie verwüftet.

„Endlich bedeutet Wohlstand für alle ununterbrochenen Fortgang der Produktion. Die Zerstörung des Kapitalismus ist noch nicht Sozialismus. Wo kapitalistische Produktion nicht sofort in sozialistische übergeführt werden kann, muß jene weiterbestehen, sonst wird der Produktionsprozeß unterbrochen und damit das Massenelend produziert, das der moderne Proletarier als allgemeine Arbeitslosigkeit so sehr fürchtet.

„Nur wo das Proletariat eine Schulung in genossenschaftlicher, gewerkschaftlicher, städtischer Selbstverwaltung und in Anteilnahme an staatlicher Gesetzgebung und Regierungskontrolle durchgemacht hat und zahlreiche Intellektuelle bereit sind, der sozialistischen Produktion ihre Dienste zu leihen, vermag diese sofort ohne Störungen den Kapitalismus überall dort zu ersetzen, wo unter den neuen Verhältnissen kapitalistische Produktion unmöglich wird.

„In einem Lande, das ökonomisch noch so wenig entwickelt ist, daß das Proletariat nur eine Minderheit bildet, ist diese Reife des Proletariats nicht zu erwarten.

„Es ist also von vornherein anzunehmen, daß überall dort, wo das Proletariat sich an der Staatsmacht nur behaupten kann durch Diktatur im Gegensatz zur Demokratie, die Schwierigkeiten, die sich dem Sozialismus entgegenstellen, so groß sind, daß es geradezu ausgeschlossen erscheint, die Diktatur könne rasch allgemeinen Wohlstand bringen und auf diese Weise die durch sie politisch entrechteten Volksmassen mit dem Gewaltregime versöhnen.

„In der Tat sehen wir, daß die Sowjetrepublik nach neun Monaten des Bestehens statt allgemeinen Wohlstand zu verbreiten, sich gezwungen fühlte, zu erklären, woher der allgemeine Notstand herrühre.“

„Selbst in einem ökonomisch so weit fortgeschrittenen Lande wie Deutschland, dessen Proletariat so zahlreich ist, würde die Errichtung einer Sowjetrepublik große Massen politisch entrechteten. Im Jahre 1907 betrug im Deutschen Reich die Zahl der Berufsangehörigen (Erwerbstätige und ihre Familien) der drei großen Gruppen Landwirtschaft, Industrie und Handel, in der Gruppe der Angestellten und Lohnarbeiter etwas über 35 Millionen, die der Selbständigen 17 Millionen. Eine Partei könnte sehr wohl die Mehrheit der Lohnarbeiter hinter sich haben und doch die Minderheit der Bevölkerung bilden. Andererseits brauchten die Arbeiter, wenn sie geschlossen stimmten, auch bei allgemeinem Stimmrecht ihre Gegner nicht zu fürchten. Das allgemeine Stimmrecht, das sie zum Kampf gegen den gemeinsamen Gegner nötigt, wird sie aber auch eher zusammenhalten als die Beschränkung des politischen Kampfes auf den Sowjet, aus dem die Klassengegner ausgeschlossen sind und in dem der politische Kampf einer sozialistischen Partei ausschließlich die Form der Befehdung anderer sozialistischer Parteien annimmt. An Stelle des Klassenbewußtseins wird der Sektenfanatismus förmlich großgezogen.“

Als Kautsky diese Sätze niederschrieb (sie sind verschiedenen Stellen der angeführten Schrift entnommen), mochten sie als Sonderangelegenheit seiner Partei gelten. Heute betreffen sie die Politik der deutschen Regierung. Daß die Radikalen auf Argumente nicht hören wollen, ist verständlich genug. Sie haben die Macht und wollen sie behalten. Dabei erfahren sie von Tag zu Tag mehr, daß eine geregelte Arbeit der neuen Regierung mit möglich ist, wenn sie auf Schritt und Tritt mit den unrevolutionären Mächten des ancien-régime paktiert. Sie bedurfte zuerst der Organisation der Gewerkschaften, dann des Apparats der bürgerlichen Staats- und Kommunalverwaltungen und schließlich die Hilfe des demokratischen Auslands. Alle diese Faktoren stellten Forderungen und nötigten schon durch die Art der

Zusammenarbeit zu Konzessionen, die dem revolutionären Geist zuwider sind. So bezeichnet man im radikalen Lager der proletarischen Parteien, die grundsätzlich für eine solche Zusammenarbeit eintreten, hier und dort schon als „bürgerliche“ und als Verräter an der Revolution, und sagt es offen heraus, daß es überhaupt nicht auf Demokratie ankomme. Preß- und Versammlungsfreiheit, gleiches Wahlrecht und Trennung der ausübenden, der gesetzgebenden und der richtenden Gewalt gelten hier als Rudimente einer früheren Entwicklungsperiode. Sie waren notwendige Waffen im Kampf des Bürgertums gegen die feudalen Mächte, deren das siegreiche Proletariat nur zur Aufklärung bedurfte. Es genügt, das Privateigentum an den Produktionsmitteln (Grund und Boden, Banken, Maschinen, Rohstoffe, Transportmittel) in Gemeineigentum zu überführen und die Warenproduktion für den anarchischen Markt in eine rationalisierte Produktion zur Versorgung eines Kreises gleicher und freier Genossen zu verwandeln, um nicht nur den Gegensatz der Unternehmer- und der Arbeiterklasse, sondern das Dasein von Klassengegensätzen überhaupt aufzuheben. „Sind im Lauf der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden und ist alle Produktion in den Händen der associierten Individuen konzentriert, so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter. Die politische Gewalt im eigentlichen Sinne ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen. Wenn das Proletariat im Kampf gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, die Klassen überhaupt und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf. An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft tritt eine Association, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ (Marx-Engels, Kommunistisches Manifest, 1847).

Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß Marx und Engels die Herrschaft der arbeitenden Klasse allerdings nicht anders gedacht haben denn als Verwirklichung der Demokratie. Kurz vor dem zitierten Abschnitt heißt es, der erste Schritt in der Arbeiterrevolution sei „die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Er kämpfung der Demokratie.“ In der Schrift über den „Bürgerkrieg in Frankreich“ (1871) hat Marx erklärt: „Die Kommune war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.“ Die Kommune aber war aus den durch gleiches Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten gebildet. Und in einer Rede, die Marx im Jahre 1872 in Amsterdam hielt, findet sich der Satz: „Wir wissen, daß man die Institutionen, die Sitten und das Herkommen der verschiedenen Gegenden berücksichtigen muß, und wir leugnen nicht, daß es Länder gibt wie Amerika, England und, wenn ich eure Einrichtungen besser kannte, würde ich vielleicht hinzufügen, Holland, wo die Arbeiter auf friedlichem Weg zu ihrem Ziel gelangen können. Doch nicht in allen Ländern ist dies der Fall.“

Wenn sich die Radikalen dennoch auf die Marxsche Lehre berufen und sich als die wahren Vollstrecker des Erfurter Programms der Sozialdemokratischen Partei bezeichnen können, so liegt die Ursache in der Struktur dieser Lehren und Programme selbst. In dem sie die Weltgeschichte so weit vereinfachen, daß sie sich auf die Machtkämpfe unterdrückender und unterdrückter Klassen reduziert; indem sie das Bild des Wirtschaftslebens der Gegenwart so stark schematisieren, daß nur von Arbeitern auf der einen und von Kapitalisten auf der andern Seite die Rede ist (während die Funktion und die Artung der eigentlichen

Leiter der Unternehmungen und der Betriebe außer Ansatz bleibt); und indem sie schließlich die technischen Bedingungen des Großbetriebes zugleich als ökonomische Garantie für die Möglichkeit der Sozialisierung betrachten, so daß es angeblich nur einer Überführung der Aktienkapitalien in Staatsbesitz bedürfe, um die Sozialisierung der Betriebe erfolgreich durchführen zu können — haben sie zugleich dem Radikalismus eine Handhabe gegeben, die Umbildung der kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische in dem Augenblick zu fordern, in dem die politische Macht in den Händen der Arbeiterklasse ist. Die Fundierung einer Partei auf ein (vor fast einem Menschenalter festgelegtes) theoretisches Programm ist eine überaus deutsche Einrichtung; sie kann für die Partei in dem Augenblick verhängnis-

voll werden, wo sich der deutsche Doktrinarismus mit einem aus russischem Geist genährten Absolutismus paart, der ohne Sinn für historische und nationale Bedingungen und Schranken den Messianismus der Gewalt an sich verkündet. Es rächt sich immer, das Entwicklungsschema des Hegelschen Dialektik von These, Antithese und Synthese an einem historisch feststellbaren Punkt in einer endgültigen Synthese zur Ruhe kommen zu lassen und nicht zu sehen, daß die Herrschaft aller nach eben diesem Schema in die Ohnmacht aller umschlagen. Diese Stufe ist in dem bolschewistischen Rußland unzweideutig dargestellt. Sollte es nicht möglich sein, daß Deutschland diesen Weltzustand überwindet, ohne erst die russische Auflösung mechanisch nachzuahmen?

Kurt Singer

Goldkernwährung in England

Die Frage der Wiederherstellung der Valuta und der Neuordnung des Geldwesens nach Friedensschluß beschäftigt auch in England die Geister stark und hat schon im Januar dieses Jahres zur Bildung eines Ausschusses geführt, dessen Aufgabe es ist, die zu lösenden Aufgaben zu studieren und Vorschläge für den Neuaufbau zu machen. Der Ausschuß, dessen Vorsitzender Lord Cunliffe ist, hat vor kurzem dem Parlament Bericht erstattet und ein Programm entwickelt. Es zerfällt in zwei Hauptteile. Der erste beschäftigt sich mit der Stellung des Geldes im englischen Geldwesen, der zweite mit dem durch die übermäßige Vermehrung der Geldzeichen im Kriege entstandenen Problem.

Was das Gold anbetrifft, so wird zunächst als oberster Grundsatz aufgestellt: Wiederaufrichtung des „vollständigen und wirklichen Gold-Standards.“ Der Ausschuß erklärt, daß die Verpflichtung der Goldeinlösung der Noten der Bank von England auf Verlangen ebenso wie der Notstandsnoten (Currency-Notes) bestehen bleiben soll. Andererseits aber heißt es in dem Bericht: „Es ist nicht notwendig oder wünschenswert, daß eine baldige Wiederaufnahme der inneren Goldzirkulation erfolgt.“ Dies verträgt sich aber kaum mit der Forderung der Noteneinlösung. Offenbar ist eine Beibehaltung des im Kriege geschaffenen Zustandes der Entgoldung des inneren Verkehrs beabsichtigt. Obwohl auch in England das Gold mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aus der Zirkulation ferngehalten wird, hat ja England im Gegensatz zu allen anderen kriegführenden Staaten Europas aus Gründen des Prestiges die Fiktion der Goldeinlösung der Noten gewahrt.

Noch weniger vereinbar mit der Abgabe von Gold an jeden beliebigen ist die an anderer Stelle des Berichts erhobene Forderung, den Goldexport vollkommen unter die Kontrolle der Bank von England zu stellen. Eine solche Kontrolle ist unmöglich, wenn jeder imstande ist, durch Einreichen einer Banknote Gold zu erlangen. Die Bank von England, so heißt es in den Darlegungen des Ausschusses, sollte Kenntnis haben von jeglichem Goldexport, und wir empfehlen, daß die Ausfuhr von Gold, sei es in Form von Barren oder von Münzen, der Bedingung unterliegt, daß dieses Edelmetall von der Bank von England für diesen Zweck verabreicht worden ist. Die Bank soll verpflichtet sein, Gold für den Export gegen ihre Noten abzugeben. Hieraus geht klar hervor, daß die Noteneinlösung in Gold auf Verlangen nicht mehr bedingungslos zu erfolgen hat. Wäre es nötig, die Verpflichtung der Bank von England zur Abgabe von Gold gegen Noten für Exportzwecke ausdrücklich festzulegen, wenn die allgemeine Einlösung noch Tatsache wäre? Diese ganze Art des Vorgehens ist typisch englisch. Man

wird durch die Praxis zu Neuem gezwungen, tut aber so, als habe sich nichts geändert, als wäre alles beim Alten geblieben. Der Schein wird gewahrt, als ob die unübertrefflichen englischen Einrichtungen keiner Reform bedürften.

Den Zwecken des Auslandsverkehrs soll die Bildung eines Goldkerns bei der Bank von England dienen. Der Ausschuß legt nahe, die Goldreserven des Landes an einer Zentralstelle, bei der Bank von England, zu sammeln. Dahin sollen auch die anderen Banken ihr Gold schaffen. Wenn man das englische Geldwesen der Friedenszeit im Hinblick auf diese Forderung prüft, so erhellt ihre einschneidende Wichtigkeit. Der relativ kleine Goldbestand der Bank von England und die Dezentralisation der nationalen Goldreserve war bezeichnend für die englischen Verhältnisse.

Sie abdrückung des proklamierten Prinzips der Noteneinlösung in Gold auf Verlangen zu praktischer Bedeutungslosigkeit, Konzentration des nationalen Goldbestandes bei der Bank von England und Goldexport lediglich durch sie oder jedenfalls unter Mitwirkung des zentralen Geldinstituts: das sind die Merkmale der sogenannten Goldkernwährung, die ein Zwischenglied bildet zwischen der Goldwährung alten Stils und der reinen Papierwährung. Es ist die Währungsform, die sich während des Krieges in allen Staaten des Kontinents, also auch in Deutschland, herausgebildet hat. Der Krieg ist, wie sich allenthalben ergibt, keineswegs spurlos an der Geldverfassung Englands vorübergegangen. Freilich ist die Stellung des Goldes im Geldwesen, an der England seines Goldmonopols wegen ein solch hervorragendes Interesse hat, auch innerhalb der Goldkernwährung in vollem Umfange gewahrt. Es wird nur eine rationellere Verwendung des Goldes durch die Goldkernwährung erzielt.

Der Währungsausschuß hält daran fest, daß die Goldeinfuhr auch fernerhin frei bleiben muß von allen Einschränkungen. Es wäre auch merkwürdig, wenn ein Staat wie England derartige Beschränkungen vornähme, die sicherlich Nachahmung in anderen Staaten finden würden. Denn England muß daran liegen, daß der Absatz seines Produktes Gold von allen Hemmnissen frei bleibt. Die Einstellung der freien Prägung in den skandinavischen Staaten während des Krieges war ihm schon schmerzlich genug.

Schließlich schlägt der Ausschuß vor, für den Goldbestand der Bank von England eine Minimalgrenze von 150 Mill. £ festzusetzen. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

Die Frage, wie die Inflation in England zu meistern ist, hängt aufs engste zusammen mit dem Schicksal des für das englische Geldwesen grundlegenden Gesetzes, der sogenannten